



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@ira-  
ed.de

Erding, 14.05.2007

### **39. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Umwelt am 10.05.2007**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Baumgartner, Gabriele  
Bauschmid, Friedrich  
Biller, Josef (ab 14.45 Uhr)  
Grandinger, Johann  
Harrer, Jutta  
Kuhn, Günther  
Mesner, Franz  
Patschky, Jürgen  
Peis, Hans  
Schwimmer, Hans  
Steinberger, Friedrich (ab 14.30 Uhr)

Vertretung für Herrn Franz Mock

#### **sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin

#### **von der Verwaltung:**

Wirth, Harald  
Graßl, Reiner (TOP 2)  
Helfer, Helmut  
Mayer, Elfriede (Protokoll)

#### **Ferner nehmen teil:**

Prof. Dr. Werner und seine Mitarbeiter von der Fachhochschule für ange-  
wandtes Management, Erding (TOP 1)



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## Tagesordnung

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Schulentwicklungskonzept 2012  
Vorlage: 2007/0175
2. Schulen des Landkreises - Berufsschule Erding  
Umbau der Verwaltung  
Vorlage: 2007/0171
3. Bekanntgaben und Anfragen
  - 3.1. Bekanntgabe des Kaufes eines Baggers für die Müllumladestation  
(Eilentscheidung)
  - 3.2. Lärmbelästigung durch Containerstellplätze
  - 3.3. Anschluss von Schulen an das Biomasseheizkraftwerk Dorfen
  - 3.4. Jugendschutzkontrolle im Jugendzentrum Dorfen
  - 3.5. Internetauftritt des Landkreises
  - 3.6. Entsorgung von Müll

## I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Umwelt am 10.05.2007

### 1. Schulentwicklungskonzept 2012 Vorlage: 2007/0175



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt **Kreisrat Kuhn** den Antrag, den Tagesordnungspunkt 1 „Schulentwicklungskonzept 2012“ zu vertagen und einen neuen Termin zu vereinbaren. Das Schulentwicklungskonzept sei am 05.12.2006, am Tag der Sitzung als Tischvorlage an die Ausschussmitglieder verteilt worden. Kein Kreisrat habe Zeit gehabt sich vorzubereiten. Inzwischen habe eine Diplomstatistikerin, Frau Ute Dickschat das Ganze geprüft und Fehler nachgewiesen. Das Konzept sei eine schlechte Arbeit und entspricht nicht den Wünschen. Auch der Schulleiter Dr. Bendl vom Gymnasium II habe in einem Schreiben am 30.01.2007 ebenfalls mitgeteilt: „...Was unter dem Strich in jedem Fall bleibt, ist die Erkenntnis, dass das ganze Konzept z.T. fehlerhaft angelegt ist und auf der Grundlage einseitigen und stark beschönigenden Zahlenmaterials zu Prognosen kommt, die so nicht gehalten werden können. Auf keinen Fall sollten die im „Schulentwicklungskonzept 2012“ gezogenen Schulfolgerungen unkritisch übernommen und als Basis für eine längerfristige Planung genommen werden.“

Kreisrat Kuhn fügt an, auch heute seien keinerlei Unterlagen an die Ausschussmitglieder verteilt worden. In der Vorlage sei lediglich zu lesen „Herr Prof. Werner und Herr Dr. Kainz werden in der Sitzung zum Gutachten Stellung nehmen und für weitere Fragen zur Verfügung stehen.“ Kreisrat Kuhn denkt, wenn zur Sitzung nicht die entsprechenden Unterlagen zugesandt werden, kann keine vernünftige Entscheidung getroffen werden. In dem vorgelegten Gutachten stimmt eine ganze Menge nicht.

**Der Vorsitzende** betont, das Schulentwicklungskonzept sei an die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Umwelt und an die Fraktionsvorsitzenden verteilt worden. In der Zwischenzeit haben alle Kreisräte Zeit gehabt, sich damit zu befassen.

**Kreisrat Peis** versteht die Äußerung von Kreisrat Kuhn nicht. Das Schulentwicklungskonzept sei von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen worden. Es werde kein Bedarf gesehen, eine andere Entscheidung zu treffen. Es war richtig, nochmals eine extra Sitzung dafür anzuberaumen, um den Eltern, Lehrern und Elternbeiräten erneut die Möglichkeit zu geben, teilnehmen zu können. Im Übrigen hätten Eltern, Lehrer und Elternbeiräte bei der ersten Vorstellung schon diese Möglichkeit nutzen können. Kreisrat Peis erklärt, er werde einer Vertagung nicht zustimmen.

**Kreisrätin Harrer** merkt an, am 05.12. seien die Ausschussmitglieder bei der Vorstellung des Schulentwicklungskonzeptes erstmals damit konfrontiert worden. Die SPD-Fraktion habe am 21.02.2007 den Antrag gestellt, dass Basisdaten zur Verfügung gestellt werden. Die Antwort war, dass eine eigene Sitzung anberaumt werde. Sie denkt, es wäre sinnvoll gewesen, wenn die Betroffenen, Schulleiter, Elternbeiräte zur Sitzung eingeladen worden wären. Sie werde dem Antrag auf Vertagung zustimmen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** bringt den Antrag von Kreisrat Kuhn, das Thema Schulentwicklungskonzept 2012 zu vertagen, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 8 : 2 Stimmen.**  
(KR Kuhn und KRin Harrer)

**Kreisrat Kuhn** stellt daraufhin den Antrag, dass die Schulleiter und Elternbeiräte dazu in der Sitzung Stellung nehmen dürfen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin und gibt zu bedenken, Ansprechpartner für den Landkreis als Sachaufwandsträger seien nicht die Elternbeiräte. Er stellt fest, dass lediglich die Schulleitungen die Ansprechpartner für den Landkreis seien. Er findet es eigenartig, dass jemand, der kein kommunales Mandat hat, Rederecht bekommen sollte. Der Auftrag der Bevölkerung sei eindeutig gegeben worden, in dem sie Mandatsträger in diese Gremien entsendet haben.

Daraufhin bringt der Vorsitzende den Antrag von Kreisrat Kuhn: „Rederecht von nicht Mandatsträgern einzuräumen (Elternbeiräten)“ zur Abstimmung:

**Kreisrat Kuhn** stellt den Antrag auf getrennte Abstimmung.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** die Anträge von Kreisrat Kuhn zur Abstimmung:

1. **Antrag:** „Rederecht den anwesenden Schulleitern zu erteilen“  
(Der Vorsitzende merkt an, die Schulleiter seien nicht separat eingeladen worden).

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 8 : 2 Stimmen.**  
(KR Kuhn und KRin Harrer)

2. **Antrag:** „Rederecht den Elternbeiratsvorsitzenden zu erteilen“

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 8 : 2 Stimmen.**  
(KR Kuhn und KRin Harrer)

**Der Vorsitzende** erklärt zum Tagesordnungspunkt:

Es sei bereits angesprochen worden, dass Anregungen und Kritik an diesem Schulentwicklungskonzept von den verschiedensten Seiten angemeldet worden seien. Er habe diese gesammelt und an Prof. Dr. Werner, der dieses Schulentwicklungskonzept im Auftrag des Kreistages entwickelt habe, weitergeleitet.

Der Vorsitzende denkt, mit dem Schulentwicklungskonzept habe der Landkreis eine gute Ausarbeitung bekommen. Prof. Dr. Werner habe es mit als seine eigene Aufgabe angesehen, tätig zu sein. Er hofft, dass die heutige Sitzung dazu einen Beitrag leistet, die gestellten Anfragen zu beantworten.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Er verweist auf einen Beitrag von Kreisrätin Harrer im Protokoll vom 05.12.2007: „... Die Untersuchung zeigt, dass sich der Landkreis auf dem richtigen Weg befindet. Wichtig sei, dass sich die Gewichtung auf einen Neubau der FOS/BOS richtet und der Hinweis auf die Auslastung an der Herzog-Tassilo-Realschule Erding gemacht worden sei.“

Daraufhin bittet der Vorsitzende Prof. Dr. Werner um die Ausführungen:

**Prof. Dr. Werner** merkt an, das Thema Schule, Schulentwicklung sei ein emotionales Thema. Er habe selbst vier Kinder, im Alter zwischen 19 – 8 Jahren, zwei Söhne und zwei Töchter.

Er möchte deutlich sagen, Schulentwicklung sei am Ende eine politische Entscheidung. Er möchte aber nicht in politische Diskussionen einbezogen werden. Aufgabe war, Daten zu liefern, um Entscheidungen treffen zu können.

Er stellt seine Kollegen Dr. Kainz und Prof. Elbe vor, der an einem anderen Standort, in Konstanz, auch ein Schulentwicklungskonzept erstellt habe und den er als Experte hinzugezogen habe.

Er merkt an, dass das Schulentwicklungskonzept eine Dipl. Statistikerin angeschaut hat, sei gut. Damit aber die Ausschussmitglieder sehen, dass es auch an der Fachhochschule für angewandtes Management eine Dipl. Statistikerin gibt, habe er eine weitere Kollegin mitgebracht, die alles nochmals genauestens geprüft habe. Frau Schüler sei eine ausgewiesene Top-Expertin.

Es sei anfangs ein Verfahren gewählt worden, wo der Aufwand überschaubar gehalten werden sollte.

Es sei aber kritisiert worden, dass keine längeren Datenreihen verwendet worden sind.

Er erklärt, im Nachgang sei der Aufwand gemacht worden und alle Daten seit 1960 eingepflegt worden. Es sei zu sehen, dass es auch dadurch für den Prognosezeitraum bis 2012 keinerlei Veränderungen geben wird.

Prof. Dr. Werner erklärt, sein Institut bereitet aufgrund der ganzen Arbeit eine wissenschaftliche Veröffentlichung vor, weil das Ganze nach dem Stand der Methodik auf höchstem Niveau durchgerechnet worden sei und dieses Konzept jeder fachlichen Prüfung von Statistikexperten Stand halten wird.

Der Schulleiter, Dr. Bendl, habe das Schreiben vom 30.01.2007 direkt auch ihm zukommen lassen. Er habe darauf nicht schriftlich geantwortet, weil in dem Schreiben ganz deutlich wird, was erreicht werden soll. Es seien Dinge enthalten, die ihn persönlich emotional betroffen haben. Wenn es heißt, „Schulen werden als eine Art Manufakturbetrieb gesehen ...“ oder „... Schüler eine Art Dispositionsmasse seien“.

Umgekehrt werde auf der gleichen Seite berichtet, dass Schüler, die dort übergangsweise von der Realschule untergebracht werden sollen, „nicht so pflegeleicht seien, wie die FOS/BOS-Schüler“. Er sehe hier keinen Un-



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

terschied. Weiter heißt es: „...Dass Planung sein muss, ist völlig unbestritten, aber man sollte bitte nicht so tun, als könnten Menschen wie Waren behandelt werden.....“- er stellt fest, dass ihn das persönlich ärgert.

Wichtig sei, dass das nicht der Level sei, auf dem diskutiert werden soll. Es könnte gerne ein Gegengutachten in Auftrag gegeben werden, aber es werden keine anderen Daten gefunden werden können, als die Daten, die auf dem Tisch liegen.

Prof. Dr. Werner gibt einen kurzen Überblick, wie die Methode war.

Ausgangssituation war eine emotionale und eine politische. Es habe verschiedene Anfragen für Schulerweiterungsbauten gegeben, z.B. Realschule Taufkirchen, beim Gymnasium Dorfen, Knabenrealschule Erding, FOS/BOS. Wesentlich waren auch Standortdiskussionen, wo eine Schule errichtet werden könnte.

Zu den Schulkapazitätsgrenzen merkt er an, es gibt durchaus vertretbare Standpunkte, dass eine Schule mit über 1200 Schülern nicht mehr steuerbar sei. Diesbezüglich seien auch mit den Ministerien Gespräche geführt worden, wie dort die Einschätzungen und die Planungsgrundlage sei.

Ein weiterer Punkt, der nicht zu unterschätzen sei, ist die Situation, wo sehr viele Schüler aus anderen Landkreisen kommen und umgekehrt, ein relativ geringer Anteil von Schülern auspendelt.

Wenn versucht werden soll, eine optimale Situation für den Landkreis Erding zu finden, wäre es wichtig, zu überlegen, was eine anzustrebende ideale Situation wäre.

Der Zweck der Untersuchung war eine kritische Betrachtung und Bewertung der Schulsituation unter Berücksichtigung der künftigen Entwicklungen. Ob sich bei der Zuzugsthematik im Planungszeitraum bis 2020 eine Veränderung ergeben wird, war nicht die Aufgabenstellung.

Es sollten Trends im Bereich Schule, Aus- und Weiterbildung mit einbezogen und mit berücksichtigt und auf der Basis für einen Planungszeitraum von 6 Jahren eine Diskussionsgrundlage geliefert werden. Diese Aufgabe sei eine Andere als ein Gutachten zu erstellen. Ein Gutachten zeigt die Defizite. Die weiteren Entscheidungen und Bewertungen müssen selbst vorgenommen werden.

Methodisch war es wichtig, gleichzeitig die Bedarfe so aufzubereiten, dass diese für die zukünftigen Planungen benutzt werden können, indem die Werte auf den neuesten Stand gebracht werden können und nicht jedes Mal die Formeln neu erstellt werden müssen. Aufgabe war es, auf keinen Fall etwas dazu zu sagen, wie die Pädagogen im Landkreis ihre Arbeit tun müssen. Das Ganze sei eine vergleichsweise nüchterne Beschaffung von Grundlagendaten.

Prof. Dr. Werner berichtet, zur Erfassung der Daten haben er und seine Mitarbeiter gedacht, dass sie durch eine kurze Rundrufaktion den Bestand an Klassenzimmern, die Klassenbestände, usw. erfragen können. Das

habe sich ganz anders herausgestellt. Es war höchst unterschiedlich, z.T. war es schwierig, auch von den Gemeinden her, Daten zu bekommen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Deshalb haben seine Mitarbeiter alle betroffenen Schulen besucht und die Daten vor Ort mit den verantwortlichen Personen erhoben. Eine nachträgliche Möglichkeit, dass die Schulleiter die Daten hätten prüfen können, sei nicht eingeräumt worden, weil davon ausgegangen worden sei, dass die Daten passen, wenn eine gemeinsame Erhebung erfolgte.

Er möchte nicht verhehlen, wenn diese Daten als Basis bis 2020 verwendet werden sollen, dass es dann tatsächlich Veränderungen geben wird. Wenn in das Verfahren die jeweils aktuellen Daten eingegeben werden, gibt es eine verlässliche statistische Aussage über die Entwicklungsperspektiven.

Das Ganze habe sich über einen bestimmten Zeitraum hingezogen. In ein paar Dingen habe die Realität schlicht die Arbeit überholt. Der Landkreis war nicht untätig. Bis Dezember seien aber alle Ist-Werte eingerechnet worden.

Kritikpunkt war: Ausblick Auslastung beim Gymnasium II, Fachraumbedarf, Schülerzuwächse, konkrete Raumnot und Handlungsempfehlungen.

Prof. Dr. Werner sagt, in ein paar Dingen habe sich die Raumnot überholt, z.B. durch den Ankauf des alten Rathauses in Taufkirchen und durch den Anbau der Mittagsbetreuung am Gymnasium in Dorfen

Zu einem Missverständnis habe die Belegung von Realschulklassen in Räume der jetzigen FOS/BOS geführt. Es sei nicht vorgeschlagen worden sämtliche Klassenräume aus dem jetzigen FOS/BOS-Bereich mit Realschulklassen der Herzog-Tassilo-Realschule zu belegen, sondern lediglich übergangsweise sechs Klassen.

Zum Schülerzuwachs erklärt er, es gibt höchstens einen leichten Anstieg. Es gibt inzwischen schon wieder Entwicklungen, die vor mittlerweile einem Jahr noch nicht zu sehen waren. Der Nettozuwachs des Landkreises habe sich inzwischen erheblich verlangsamt (jetzt 700 bis 800, damals waren es knapp 2000 Einwohner laut Statistik).

**Dr. Kainz** zeigt eine Folie der grundlegenden Bevölkerungsentwicklung seit 1960. Bis 2010 werden die Geburtenzahlen sinken. Ab 2010 wird wieder ein leichter, abgeschwächter Anstieg zu verzeichnen sein.

Als weiteres zeigt er (Datengrundlage vom statistischen Landesamt) die Zuzüge und Abwanderungen im Landkreis. Es trifft die Behauptung nicht zu, dass es einen stetig ansteigenden Zuzug von Bürgern geben wird. Die Perspektive zeigt, dass durch den Zuzug der Geburtenrückgang nicht kompensiert werden kann.

Zur Raumnot merkt Prof. Dr. Werner an, Raumnot sei in einzelnen Schulen vorhanden. Es gibt Handlungsbedarf. Das Ganze sei aber mit Augenmaß anzugehen. Wenn jetzt zum Beispiel mit Maximalzahlen gerechnet würde, würden sich am Ende Kapazitäten ergeben, die nicht ausgefüllt



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

werden können. An verschiedenen Orten in Bayern gibt es diese Situation schon. In einem Gespräch mit dem Bürgermeister von Bad Tölz habe er erfahren, dass jetzt schon Schulschließungen geplant seien. Es sei deshalb wichtig, sich nicht am Maximum zu orientieren, sondern Modellösungen als Übergangslösung zu akzeptieren.

Daraufhin stellt sich **Frau Schüler**, Dipl. Statistikerin, vor. Sie arbeite sei zwei Jahren als Lehrbeauftragte an der Fachhochschule für angewandtes Management in Erding. Sie sei seit 10 Jahren als Statistikberaterin tätig und habe seit knapp 4 Jahren eine eigene Firma. Sie habe bereits für viele namhafte Firmen gearbeitet und statistische Methoden entwickelt.

Sie betont, in Statistiken gibt es immer eine gewisse Schwankungsbreite. Sie habe versucht, das bei der Bevölkerungsentwicklung und bei den Geburtenzahlen darzustellen. Sie zeigt dazu Folien und erläutert diese.

**Prof. Dr. Werner** weist darauf hin, dass bei den vorliegenden Grafiken bestimmte Bereiche herausgezoomt worden sind, um den Bericht anschaulicher zu machen.

**Frau Schüler** erklärt weiter, wenn über Jahrzehnte eine Bevölkerungsbeziehung zugrunde gelegt wird, ergibt sich ein jährlicher Zuwachs von ca. 1,16 %. Die Ergebnisse unterscheiden sich nahezu gar nicht. Auch die Ergebnisse, die letztes Mal vorgestellt worden sind, unterscheiden sich nicht, es gibt so gut wie gar keine Abweichungen. Ähnlich zeigt sich das bei den Geburtenzahlen (wie viele Geburten können bei 1000 Frauen im gebärfähigen Alter erwartet werden). Es gibt keinen statistisch signifikanten Unterschied zu den Aussagen im Schulentwicklungskonzept vom 05.12.2006.

**Prof. Dr. Werner** merkt an, zusätzlich sei der Schülerdurchlauf in den einzelnen Schulen aufgelistet worden, um auch zu prüfen, ob kein Fehler im erstellten Konzept sei.

**Frau Schüler** zeigt eine Folie und merkt an, es seien die Übertrittsquoten, der Schülerimport und der Schülerexport und der Nettozuzug und die Sterblichkeit berücksichtigt worden.

Bei den Realschulen zeigt sich ein leichter Anstieg mit Schülern der geburtenstarken Jahrgänge, danach sei die Schülerzahl rückläufig bis 2012. Auch bei den Gymnasien zeigt sich ein Anstieg bis 2009 und dann geht die Prognose nach unten. Das G 8 bringt einen positiven und negativen Effekt. Der positive Effekt sei, dass es weniger Schüler gibt und der negative Effekt sei, dass mehr Klassenräume benötigt werden.

**Der Vorsitzende** fragt, ob mit berücksichtigt worden sei, dass bei G 8 mehr Räume benötigt werden.

**Frau Schüler** antwortet, das sei berücksichtigt worden. Sie zeigt eine grafische Darstellung. Es zeigt sich für 2007, 2008 und 2009 eine Klassenstärke bis 32 Schüler. 2010/2011 werden kurzfristig 34 Klassen notwendig, 2012 29 Klassen, weil die geburtenschwachen Jahrgänge kommen.



**Der Vorsitzende** merkt an, das bedeutet weniger Klassen, als 2006 und 2007 eingerichtet seien. Es sei der Durchschnitt mit 28,5 Schülern gerechnet worden. Er fragt, wie die Vorgaben des Kultusministeriums seien.

**Prof. Dr. Werner** merkt an, es sei der Mittelwert gerechnet worden. Es sei ein Puffer und eine günstigere Klassenstärke eingerechnet worden.

**Kreisrat Kuhn** fragt, warum im Vorfeld die Unterlagen nicht verteilt worden sind. Es werden Folien vorgelegt, die er nicht nachvollziehen kann. Er findet das Verfahren unmöglich. Wenn es Folien gibt, könnten diese doch auch vorgelegt werden. Es macht den Eindruck, als sollten diese Unterlagen nicht verteilt werden. Wenn diese Unterlagen nicht vorliegen, hätte doch die Sitzung vertagt werden können.

**Der Vorsitzende** stellt fest, heute sei keine Entscheidung zu treffen. Kreisrat Kuhn habe angemahnt und angemerkt, dass eine Erläuterung des Schulentwicklungskonzeptes dringend notwendig sei. Nun werde heute das Schulentwicklungskonzept erneut erläutert und trotzdem möchte Kreisrat Kuhn eine Vertagung.

**Frau Schüler** zeigt eine Grafik, nach der es in der 5. Jahrgangsstufe bayernweit gesehen 34,9 Schüler und in der 8. Jahrgangsstufe 27,7 Schüler gibt, also ein Rückgang von 7 %.

**Kreisrätin Harrer** wiederholt die Kritik von Kreisrat Kuhn, auch sie habe gewünscht, die Daten vorab zu bekommen. Es sei schwierig, die Zahlen nachzuvollziehen. Sie wünscht nochmals die Erläuterung zu den Realschulen. Frau Schüler legt erneut die bereits gezeigte Folie auf und erläutert sie.

Anschließend merkt **Prof. Dr. Werner** an, das Ergebnis könne im Nachgang überprüft werden. Aufgrund der Daten werde kein anderes Ergebnis möglich sein. Eine Optimierung, z.B. durch den Bau einer neuen Realschule, lässt sich nicht aufgrund der Schülerzahlen ableiten, wichtig sei der politische Wille.

**Kreisrat Peis** denkt, Prof. Dr. Werner und seine Mitarbeiter haben sehr deutlich gemacht, welche Entscheidungen der Landkreis für die Zukunft treffen muss. Das Ganze könne sich aber nicht auf die Forderung eines Neubaus für eine Schule beschränken. Es müssten auch die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es sollte nicht eine Entscheidung getroffen werden, die in drei oder fünf Jahren revidiert werden müsste. Er versteht die Aufregung nicht. Alle Faktoren könnten in Frage gestellt werden.

**Der Vorsitzende** merkt an, der Landkreis habe in den letzten Jahren insgesamt ca. 60 Mio € in die landkreiseigenen Schulen investiert, z.B. Gymnasium Erding ca. 26 Mio €, Realschul-Turnhalle in Taufkirchen über 3 Mio €, Gastro-Zentrum ca. 8 Mio €, Kauf des alten Rathauses in Taufkirchen für die Realschule, Kauf des Grundstückes für die Errichtung der FOS/BOS, usw. All diese Maßnahmen seien entweder fertig gestellt, angefangen oder derzeit noch im Bau. Er stellt fest, dass für eine weitere

Prognose in die Zukunft ähnliche Handlungsempfehlungen gemacht werden.



**Prof. Dr. Werner** ergänzt, im Schulentwicklungskonzept sei angeregt worden, als inhaltliche Bereicherung und auch aufgrund der Kapazitäten eine internationale Schule für die Region einzurichten. Er denkt, das sei aber vom politischen Willen abhängig.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Harrer** merkt an, zu ihrer Aussage im Protokoll vom 05.12.2007 steht sie. Jedoch sei ein Handlungsbedarf an der Herzog-Tassilo-Realschule in Erding noch offen. Sie fragt, weil immer der Zeitraum bis 2012 angesprochen wird, ob dieser Zeitraum die Aufgabenstellung war. Sie denkt, der Prognosezeitraum hätte erweitert werden müssen, vielleicht bis 2020.

**Der Vorsitzende** antwortet, mit Prof. Dr. Werner sei eine Prognosezeitraum von 6 Jahren vereinbart worden, aber ein Modell zu entwickeln, bei dem weitergerechnet werden kann. Es gibt die Möglichkeit, dieses Konzept fortzuschreiben.

**Prof. Dr. Werner** ergänzt, Vorgabe war eine Prognose bis 2012. Wenn die laufenden Ist-Werte eingegeben werden, kann immer eine Prognose weitergeführt werden. Die bisherigen Daten beruhen auf Zahlen aus 2006. Wenn die Zahlen von 2007 eingegeben werden, kann eine Prognose bis 2013 sein. Prof. Dr. Werner denkt, eine Prognose bis 2020 jetzt aufzuzeigen wäre zu unsicher. Eine Entscheidungsgrundlage wird weniger wertvoll, je weiter der Zeitraum geht. Es sei z.B. nicht vorhersehbar, wie viele schulpolitische Rahmentscheidungen in der Zeit noch kommen werden.

**Der Vorsitzende** regt an, das Ganze fortzuschreiben und die Entwicklungstendenzen einfließen zu lassen.

**Kreisrätin Harrer** fragt zur Situation z.B. an der Realschule Taufkirchen bezüglich der Umleitung von Schülerströmen, ob auch bei den Schulen in den anderen Landkreisen nachgefragt worden sei, ob die Schüler aufgenommen werden könnten. Auch dieser Punkt sollte diskutiert werden.

**Der Vorsitzende** betont, das Ganze habe sich erübrigt. Die Forderung damals war, dass ca. 4 Klassenzimmer an der Realschule Taufkirchen notwendig wären. Inzwischen, durch den Ankauf des alten Rathauses, seien sieben Klassenräume in der Reserve. Es brauchen also keine Schüler aus anderen Landkreisen abgelehnt werden. Vier Klassenräume seien zum Beginn des Schuljahres ausgebaut worden und drei weitere Klassenzimmer werden demnächst umgebaut. Eine weitere zusätzliche Möglichkeit ergibt sich durch eine bauliche Erweiterung des alten Rathauses. Er habe dazu bereits eine Kostenschätzung einholen lassen. Mit ca. 1 Mio € könnten nochmals 8 Klassenzimmer plus 4 Fachräume und Pausenhalle geschaffen werden und sogar ein extra Betrieb gewährleistet werden.

Beim Gymnasium Dorfen werden derzeit zusätzliche 8 Klassenräume, plus EDV-Räume, plus Räume für die Mittagsetreuung usw. errichtet.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Prof. Dr. Werner** merkt an, es war eine klare Aufgabenstellung, für den Landkreis eine optimierte Darstellung zu haben. Es sei in den Nachbarlandkreisen nachgefragt, mit den Schulleitern, dem Landratsamt gesprochen worden, usw. Auch die Thematik mit den Schülern aus Sankt Wolfgang sei geprüft worden.

**Kreisrätin Harrer** fragt, ob die Kapazität bei den Fachräumen (FOS/BOS) ausreichend sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, es sei geplant, den Bereich FOS/Technik in die Berufsschule zu verlagern. Auch die Verwaltung für die FOS/BOS wird mit berücksichtigt werden.

**Kreisrätin Harrer** fragt, wie lange die Übergangsphase am neuen Gymnasium mit den Realschülern von der Herzog-Tassilo-Realschule sein wird.

**Der Vorsitzende** betont, das sei ein Vorschlag, wenn die Container an der Herzog-Tassilo-Realschule entfernt würden. Ob der Bedarf so sein wird, muss sich zeigen.

**Kreisrat Patschky** merkt an, allein das Wort „Umleitung von Schülerströmen“ widerstrebt ihm.

**Der Vorsitzende** merkt an, Tatsache sei, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Schülern aus anderen Landkreisen in landkreiseigenen Schulen beschult wird. Auch umgekehrt gibt es Schüler aus dem Landkreis, die eine Schule in einem anderen Landkreis besuchen. Bei weiterführenden Schulen gibt es keine festgesetzten Schulsprengel. Es gibt die Schulbuskostenerstattung.

**Kreisrat Patschky** merkt an, Kollegen aus Wartenberg haben eine andere Vorstellung und sagen, dass eine Schule mit 480 Schüler denkbar wäre, weil die Situation in Moosburg nicht so ideal sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, die Realschule in Moosburg werde derzeit erweitert. Wenn es einen Schulstandort Wartenberg geben würde, könnten z.B. Schülerinnen der Mädchenrealschule, die Schulgeld bezahlen, nicht zwangsverpflichtet werden, an einen anderen Realschulstandort zu gehen. Zudem besteht in diese Richtung keine Busverbindung. Deswegen wird die Äußerung mancherorts befremdlich zur Kenntnis genommen.

Dazu kommt, dass bei 500 Schülern es ein absolutes Minimum sei, eine 3-zügige Realschule anzubieten.

Er merkt an, es sei gut, ein Schulentwicklungskonzept zu haben. Dieses Konzept sei eine hilfreiche Grundlage für weitere politische Entscheidungen. Das sehen auch andere Landratskollegen so, die angefragt haben und erstaunt über den Umfang und die Gründlichkeit der Datenerhebung waren.

**Kreisrat Peis** merkt an, natürlich sei es nicht verboten, Überlegungen anzustellen. Entscheidend sei, dass aufgrund der vorgelegten Daten der

Landkreis den Bedarf, ohne einen weiteren Realschulneubau und ohne Schülerumleitungen decken kann.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Harrer** verweist nochmals auf die Herzog-Tassilo-Realschule, wo die Situation nicht gelöst sei. Container seien nur für eine Übergangszeit. Weiter könnten z.B politische Entscheidungen auf einer anderen Ebene, z.B. Ganztagschule usw., nicht berücksichtigt werden. Die Meinung der SPD-Fraktion sei, dass künftige Planungen so ausgearbeitet werden müssen, dass solche Dinge berücksichtigt werden können.

**Der Vorsitzende** denkt, der Landkreis sei zu diesem Thema ständig gefordert. Er denkt auch, dass Container Übergangslösungen sein sollten. Er habe in der Zwischenzeit aber auch gehört, dass einer Schulleitung die Container aus organisatorischen Gründen deutlich lieber seien, als eine Auslagerung an einen anderen Ort in der Nähe. Die jeweilige Situation sei deshalb am besten mit dem betroffenen Schulleiter zu besprechen.

Der Vorsitzende schlägt vor, einen Ergänzungsauftrag bezüglich der Sonderpädagogischen Förderzentren zu geben, weil sich auch immer mehr Zusatzunterrichtsmöglichkeiten ergeben, z.B. schulvorbereitende Einrichtungen.

**Prof. Dr. Werner** merkt an, das Ergebnis wird in 2 – 4 Wochen zur Verfügung stehen.

**Kreisrat Kuhn** sieht trotzdem im Bereich der Realschulen Bedarf. Er denkt, wenn auch die pädagogischen Gründe mit berücksichtigt würden, würde ein Bedarf sein.

**Der Vorsitzende** merkt an, die Verwaltung steht in Kontakt mit den Schulleitungen. Er bittet, nachdem Kreisrat Kuhn auch in anderen politischen Gremien tätig sei, Informationen an den Landkreis weiterzugeben, wenn Raumangebote zur Verfügung stehen.

**Kreisrat Kuhn** fragt, wann die Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

**Prof. Dr. Werner** sagt, im Laufe der nächsten Woche werde er die Unterlagen zusammenstellen.

**Kreisrat Kuhn** wünscht, diese auch den Schulleitern und Elternbeiräten zur Verfügung zu stellen.

**Der Vorsitzende** sichert zu, diese Unterlagen dann an die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Umwelt, an die Fraktionsvorsitzenden und Schulleiter zu versenden. Die Schulleiter seien Ansprechpartner für den Landkreis und können die Unterlagen an die Elternbeiräte verteilen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende bedankt sich für die anschauliche Darstellung bei Prof. Dr. Werner und seinen Mitarbeitern.



## 2. Schulen des Landkreises - Berufsschule Erding Umbau der Verwaltung Vorlage: 2007/0171

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** ergänzt zur versandten Vorlage, durch die Entscheidung, dass die FOS/BOS unmittelbar am Berufsschulstandort in Erding errichtet werden soll, soll die Verwaltung im Berufschulgebäude untergebracht werden.

Der Schulleiter, Dir. Biller, habe dazu einen Vorschlag gemacht. Trotzdem wird noch nicht der endgültige Raumbedarf feststehen.

Der Vorsitzende denkt, es sollten zunächst Erfahrungswerte erfragt werden und schlägt folgende Formulierung vor: Bei der Reg. v. Obb ist die schulaufsichtliche Genehmigung unter Einbindung der Fachplaner für den Umbau der Berufsschule zu beantragen.

**Kreisrat Biller** merkt an, es mag sein, dass sich der eine oder andere Kreisrat von den Flächen geschockt gezeigt hat.

**Der Vorsitzende** antwortet, es geht dabei um die optimale Nutzung für die Zukunft. Wichtig sei bei der Planung, dass der Berufsschuldirektor und das Architekturbüro zusammen feststellen, mit welchem Aufwand Räume genutzt werden können, oder eine andere Struktur für weniger Geld und vielleicht ein günstigerer Betriebsablauf gemacht werden könnte, usw.

**Kreisrat Biller** fügt an, der Planungsvorschlag liege der Verwaltung vor. Für die Schulleitung besteht die Schwierigkeit, in einer Personalunion die richtige Planung zu finden, um das Ganze aus einem Bereich leiten zu können. Deshalb war die Idee, im Stammgebäude die Verwaltung unterzubringen. Er denkt, es sei Aufgabe des Architekten und der Verwaltung in Zusammenarbeit die richtige Planung zu finden.

**Der Vorsitzende** bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

AKU/0138-08

Bei der Regierung von Oberbayern ist die schulaufsichtliche Genehmigung unter Einbindung der Fachplaner für den Umbau der Berufsschule zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

\*

Der Vorsitzende weist darauf hin, Punkt 2. des Beschlussvorschlages müsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden, weil über die Leistungsfähigkeit eines Architekturbüros zu beraten sei.

Er fragt, ob Einverständnis besteht, diesen Punkt im nichtöffentlichen Teil zu beraten.

**Es besteht allgemein Einverständnis.**  
(Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**).



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

### 3. Bekanntgaben und Anfragen

#### 3.1 Bekanntgabe des Kaufes eines Baggers für die Müllumladestation (Eilentscheidung)

**Der Vorsitzende** gibt bekannt, für den Bagger an der Deponie sei aufgrund des schlechten technischen Gesamtzustandes eine Ersatzbeschaffung vorgenommen worden. Für das Altgerät werden mit zwei Interessenten Gespräche geführt. Das aktuelle Angebot liegt bei 12.000 €.

Der neue Bagger (Liebherr Gebrauchtbagger) kostet 88.500 € plus MwSt.

#### 3.2 Lärmbelästigung durch Containerstellplätze

**Kreisrat Steinberger** gibt eine Unterschriftenlisten an den Vorsitzenden und berichtet, es häufen sich die Beschwerden aus der Bevölkerung im Bereich der Stadt Erding, weil die Einwurfzeiten besonders bei den Glascontainern nicht eingehalten werden.

Er bittet um Prüfung, ob es möglich sei, wenigstens die Glascontainer bei den Supermärkten aufzustellen, wo die Einkäufe getätigt werden.

Er bittet auch darum, die Gemeinden anzuweisen, dass diesbezüglich besonders bei der Aufstellung von Bebauungsplänen besonders darauf zu achten wäre.

Es gäbe auch in Einzelfällen die Möglichkeit, einen Containerstellplatz einzuhausen und abzusperren. Natürlich fallen dabei Mehrkosten an. Es sei aber in reinen Wohngebieten oft nicht zumutbar, wenn sich in direkter Nähe ein Containerstellplatz befindet.

**Der Vorsitzende** zeigt Verständnis dafür, weil tatsächlich zu den unmöglichsten Zeiten diese Containerplätze genutzt werden. Es sollte überlegt werden, wie das Ganze künftig besser gehandhabt werden könnte.

Die Erfahrung zeigt, dass zusätzliche Standorte an Supermärkten nicht geduldet werden.

Es sollte bei der Bauleitplanung geprüft werden, dass im Bebauungsplan im Text festgelegt wird, dass sich in der Nähe ein Wertstoffhof befindet. Im Weiteren könnten in den Bereichen, wo die Gemeinde Grundstückseigentümer sei, Dienstbarkeiten eingetragen werden. Auch sollte in bestimmten geprüft werden, ob es baulich möglich wäre, durch eine Einhausung eine Verbesserung zu erzielen.

Das Sachgebiet Abfallwirtschaft wird Näheres veranlassen.

#### 3.3 Anschluss von Schulen an das Biomasseheizkraftwerk Dorfen

**Kreisrat Schwimmer** fragt, wie viele Schulen in Dorfen an das geplante Biomasseheizkraftwerk angeschlossen werden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** antwortet, auf ein Schreiben vom 05.04.2007 habe der Betriebsleiter der Stadtwerke Dorfen, Dr. Fiegl, mit Schreiben vom 26.04.2007 mitgeteilt, dass demnächst mit dem Bau begonnen werden wird und der Anschluss verwirklicht werden soll, sobald es der Baufortschritt zulässt.

Vertraglich festgelegt sei der Anschluss des Gymnasiums Dorfen. Alle weiteren Optionen seien offen. Am Sonderpädagogische Förderzentrum sei die Heizung noch nicht so alt. Ein Anschluss sei deshalb zurzeit noch nicht wirtschaftlich. Das Krankenhaus Dorfen habe signalisiert, dass auch sie anschließen wollen.

Der Vorsitzende lässt dieses Schreiben an die Ausschussmitglieder verteilen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

### **3.4 Jugendschutzkontrolle im Jugendzentrum Dorfen**

**Kreisrat Kuhn** fragt, ob der Vorsitzende schon häufiger nachts an Jugendschutzkontrollen teilgenommen habe.

**Der Vorsitzende** antwortet, er war das erste Mal bei einer Kontrolle dabei. Aufgrund der Aussagen und was Frau Becker (Kreisjugendring) im Jugendhilfeausschuss berichtet habe, war es ihm ein Anliegen, bei einer Jugendschutzkontrolle dabei zu sein, um einen Eindruck zu bekommen. Er zeigt sich allerdings verwundert, dass die Sicherheitsbehörde und Polizei, die den Einsatz geleitet hat, diskutieren muss, ob Zutritt gewährt wird. Es sei der Weg versperrt worden, usw. Es sei alles ziemlich sonderbar gewesen.

Er berichtet, bei der Kontrolle am 24.02. (der Vorsitzende war nicht anwesend) sei bezüglich des Brandschutzes ein Problem aufgetaucht, es war eine Fluchttüre verbarrikiert und deshalb werde heute eine erneute Begehung stattfinden.

Eine erneute Kontrolle vom Landratsamt (Bauamt) und der Feuerwehr findet jetzt statt, weil bei einem Einsatz wieder zwei Türen verschlossen und Türgriffe abgerissen waren und keiner wusste, welcher Raum sich dahinter befindet.

Er stellt fest, es gibt viele Eindrücke, die berichtet werden könnten, es sei alles sehr sonderbar gewesen.

Er merkt an, es werden auch die anderen Jugendzentren kontrolliert. Er denkt, es sei richtig und sinnvoll, Kontrollen durchzuführen. Er möchte nicht verantwortlich sein, wenn etwas passieren sollte, und die entsprechenden Überprüfungen wären nicht durchgeführt worden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

### 3.5 Internetauftritt des Landkreises

**Kreisrat Kuhn** merkt an, ihm sei aufgefallen, dass der Bereich Sitzungsdienst nicht im Internet aufgerufen werden kann.

**Herr Wirth** erklärt am Ende der Sitzung, nur die Daten der Kreisräte seien aufzurufen. Durch die Umstellung auf das neue Sitzungsprogramm Session seien aber z.B. Sitzungseinladungen usw. noch nicht verfügbar.

In einer der nächsten Sitzungen wird das neue Programm Session vorgestellt werden.

### 3.6 Entsorgung von Müll

**Kreisrat Mesner** berichtet, es sei zu beobachten, dass in Taufkirchen beim Minimal oft Flaschen, Kartons usw. von Bürger aus anderen Landkreisen entsorgt werden.

**Der Vorsitzende** antwortet, das Problem sei bekannt, aber kaum lösbar.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Umwelt um 16.05 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte